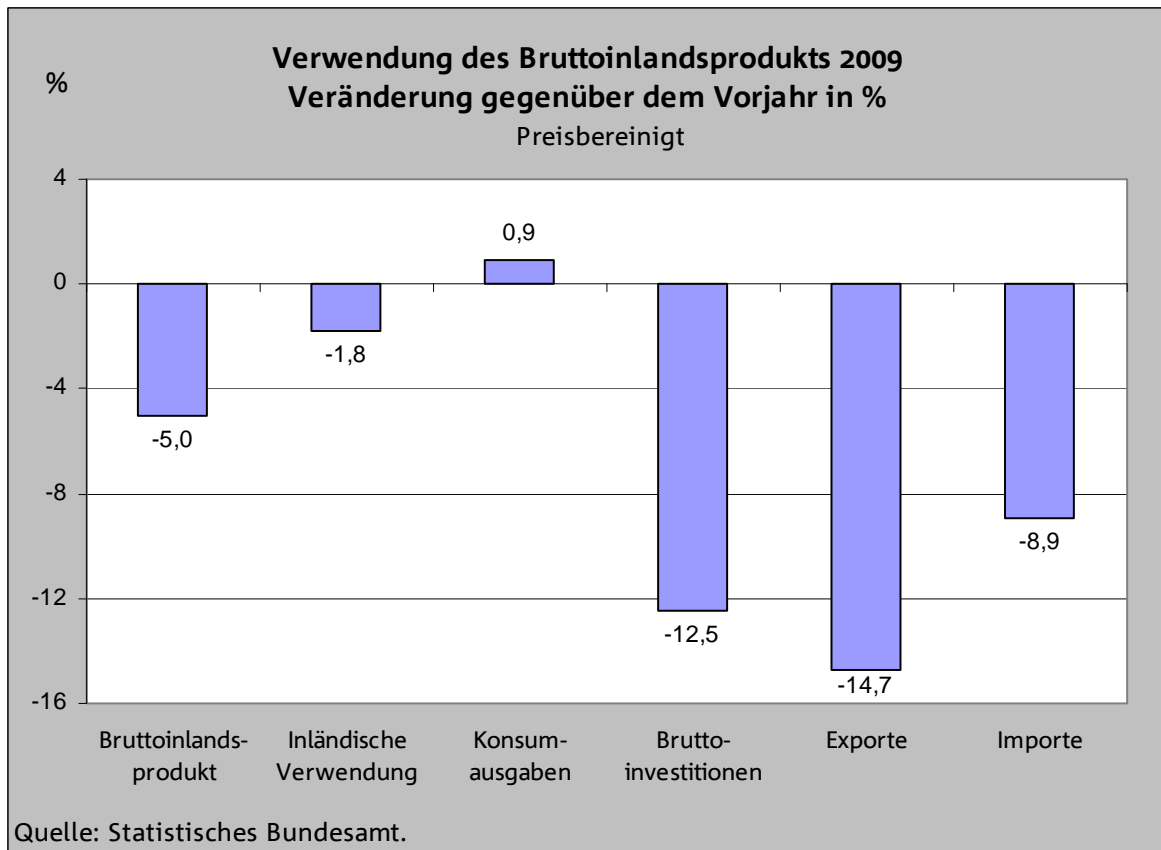
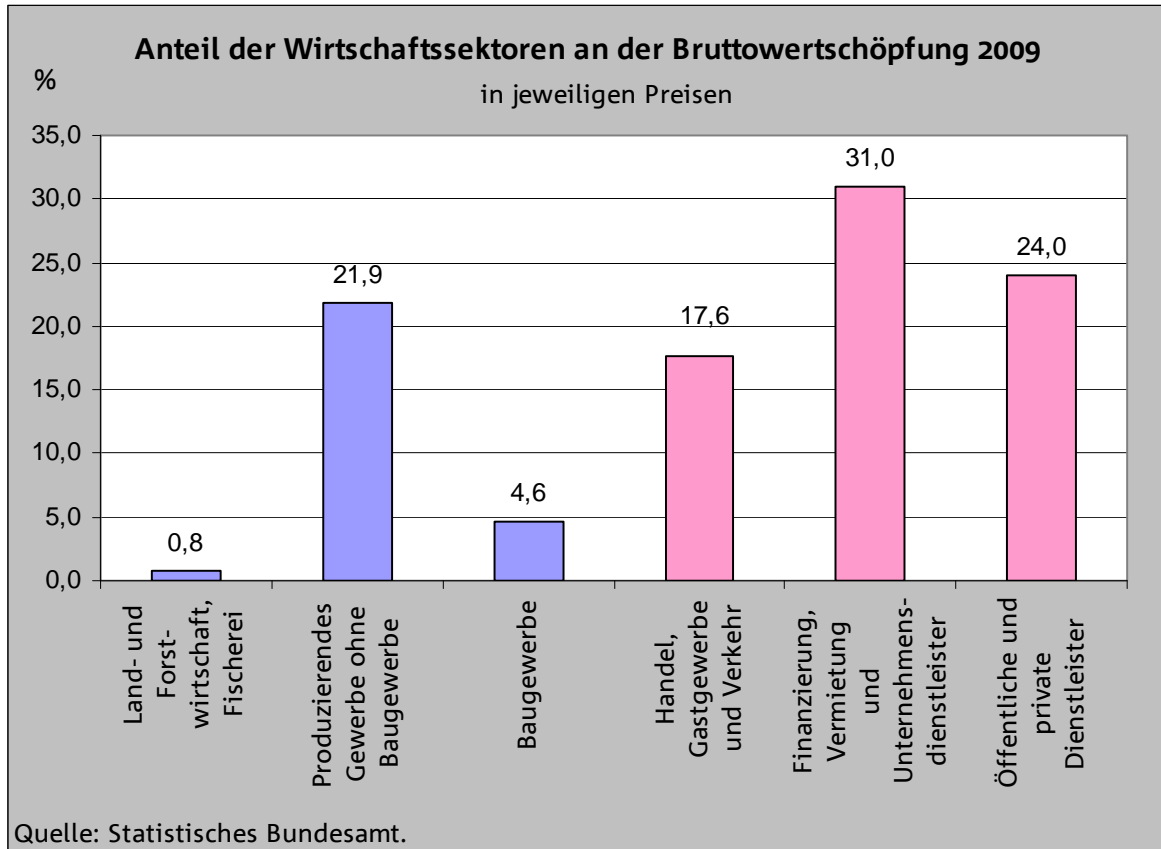


Konjunkturbericht – Januar 2010

Aufschwung oder Wellblechkonjunktur?

- 2009 ist nicht nur das Jahr mit dem größten Konjunkturreinbruch, sondern auch das Jahr eines bedeutenden Stabilisierungserfolges. Von der erfolgreichen Stabilisierung zu einem kräftigen Wirtschaftsaufschwung ist es jedoch noch ein weiter Weg. Zwar hat sich der Konjunkturhorizont insgesamt aufgehellt, aber gerade in den Industrieländern werden die Kräfte eines selbsttragenden Aufschwungs noch schwach bleiben.
- Der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland um 5 % zeigt, dass trotz der Überwindung der Rezession der Aufschwung noch nicht gefestigt ist. Bislang ist lediglich die Stabilisierung auf dem erreichten niedrigen Niveau gelungen.
- Die Rezession hat zu einer deutlichen Strukturverschiebung in der deutschen Wirtschaft geführt. Die Industrie steht 2009 nur noch für knapp 22 % der Wirtschaftsleistung. Der Anteil der Dienstleistungen an der Wertschöpfung in Deutschland erreicht dagegen knapp 73 %. Als Folge der Wirtschaftskrise ist der tertiäre Bereich so groß wie nie zuvor.
- Diese Strukturverschiebung dürfte jedoch nicht von Dauer sein. Denn eine Rückkehr zum Niveau der gesamtwirtschaftlichen Wirtschaftsleistung vor der Krise wird nur möglich sein, wenn die Industrie ihre Bedeutung für die deutsche Wirtschaft zurückerlangt.
- Derzeit spricht vieles dafür, dass die positive Bilanz des Arbeitsmarktes im Jahr 2009 in diesem Jahr nicht fortgeschrieben werden kann. Denn einerseits ist das Potenzial der Kurzarbeit weitgehend ausgeschöpft, andererseits wird die wirtschaftliche Erholung nicht ausreichen, um die brachliegenden Kapazitäten der Industrie wieder auszulasten. Ein deutlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit ist nur zu vermeiden, wenn die Tarifpartner jenseits der Kurzarbeit Mittel und Wege finden, um Entlassungen zu vermeiden.
- Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft wird daher erneut von der Exportnachfrage getragen werden. Ein klarer Aufschwungstrend ist allerdings nicht zu erkennen. Vielmehr dürfte der vor uns liegende Konjunkturverlauf einer Wellblechform gleichen – mit einer Abfolge von positiven Entwicklungen und nachfolgenden Rückschlägen.
- Die Stützungsmaßnahmen für die Finanzmärkte und die Konjunkturprogramme des vergangenen Jahres waren erfolgreich und wurden nicht zuletzt deshalb von den Bürgern als richtig und notwendig, aber ebenso auch als außerordentliche Maßnahmen verstanden. Diese Akzeptanz ist verbunden mit der Erwartung, dass die damit einhergehende Verschuldung in einem angemessenen Zeitrahmen auch wieder getilgt wird. Die Finanz- und Steuerpolitik darf diese Erwartung nicht enttäuschen, da damit auch das Vertrauen in eine solide Wirtschaftspolitik in Gefahr geriete.
- Die Spannungen innerhalb der Europäischen Währungsunion haben zugenommen. Entgegen der weit verbreiteten Meinung sind Leistungsbilanzdefizite in der europäischen Währungsunion aber von Bedeutung. Wenn nun für einige Länder die Finanzierung der Schulden schwieriger wird und gleichzeitig Reformen unterbleiben, mit denen die Wettbewerbsfähigkeit des jeweils betroffenen Landes verbessert werden kann, dann würde sich nicht nur die Wirtschaftskrise in diesem Land verlängern; sie würde sich auch in Form von Wachstumseinbußen auf den Rest der Währungsunion übertragen.



2009 war das Jahr der erfolgreichen Stabilisierung der Weltwirtschaft

Im zurückliegenden Jahr hat die Weltwirtschaft die schwerste Rezession der Nachkriegsgeschichte durchlaufen. Die mit dem Einbruch des Welthandels nach der Lehman-Insolvenz beginnende Talfahrt nahezu aller Industrie- und Schwellenländer konnte im Jahresverlauf überraschend schnell gestoppt werden. Dass diese Stabilisierung gelingen konnte, ist vornehmlich dem Umstand zu verdanken, dass die Politik weltweit die Außerordentlichkeit der Situation erkannt hat und bereit und in der Lage war, mit umfangreichen geld- und finanzpolitischen Mitteln gegenzusteuern. 2009 ist deshalb nicht nur das Jahr des größten Konjunkturreinbruchs, sondern auch das Jahr eines bedeutenden Stabilisierungserfolges.

Von der erfolgreichen Stabilisierung zu einem kräftigen Wirtschaftsaufschwung ist es jedoch ein weiter Weg. Denn auch 2010 wird die wirtschaftliche Erholung zunächst noch von staatlichen Konjunkturprogrammen getragen werden. Deren Wirkung wird jedoch im Verlauf des Jahres nachlassen. Dies gilt im Übrigen auch für China, wo ein Konjunkturprogramm in Höhe von 13 % des Bruttoinlandsprodukts den Einbruch der Exporte auffangen konnte.

Es scheint zudem, dass die Erholung der Weltwirtschaft einem neuen Muster folgt: Denn anders als in früheren Abschwungphasen geht diese nun nicht von den Industrieländern aus, sondern von den asiatischen Schwellenländern. Diese haben im Verlauf des vergangenen Jahres eine spürbar stärkere Dynamik entwickelt als die Industrieländer. Die Erwartung, die Weltwirtschaft könne durch eine Exportoffensive in die Schwellenländer zum alten Wachstumstrend zurückfinden, dürfte deren Wirtschaftskraft und Aufnahmekapazitäten aber vermutlich doch überschätzen.

Sorge bereiten weiterhin die Industrieländer, in denen die Erholung sich weitgehend auf die Wirkung der staatlichen Konjunkturprogramme stützt. Inwieweit die Wirtschaftskräfte in der zweiten Jahreshälfte daher schon wieder für einen selbsttragenden Aufschwung der Weltwirtschaft ausreichen werden, ist gegenwärtig nur schwer einzuschätzen. Die Gefahr ist immer noch groß, dass sich die optimistischen Prognosen zu sehr auf Hoffnungswerte stützen anstatt auf harte Fakten, die diese fundamental untermauern könnten.

Denn in den Industrieländern überwiegen vielfach noch die belastenden Faktoren. Lag im hohen Verschuldungsgrad der Finanzinstitute eine der wesentlichen Ursachen für die Finanzkrise, so wird nun die wirtschaftliche Erholung in wichtigen Industrieländern, wie den USA, Großbritannien und Spanien, durch die teilweise hohe Verschuldung der privaten Haushalte gedämpft.

Der Abbau der privaten Verschuldung kommt in diesen Ländern bislang nur zögerlich voran. Er dürfte sich jedoch nicht nur dämpfend auf die jeweils inländische Konsumnach-

frage auswirken. Insbesondere wenn man sich die Bedeutung der US-Konsumenten für die Weltwirtschaft vor Augen führt, dürften weitergehende Wirkungen auf die weltweite Produktionsstruktur zu erwarten sein. Anhaltend hohe Überkapazitäten und Investitionszurückhaltung könnten die Dynamik der Weltwirtschaft noch länger belasten.

Während der Schuldenabbau der privaten Haushalte bislang nur langsam in Gang kommt, erwächst der wirtschaftlichen Erholung durch die rasch wachsenden staatlichen Schuldenlasten ein zusätzliches Risikopotenzial. Denn die Verschuldungsfähigkeit einer Reihe von Industrieländern stößt an ihre Grenzen. Deutliche Zinsaufschläge und die jüngsten Rating-Abstufungen sind ernstzunehmende Warnzeichen. Die Konsolidierung der Staatshaushalte ist nicht noch viel länger aufschiebbar. Für einige Länder könnte dies eine Verlängerung der Rezessionsphase bedeuten.

Deutschland steht vor einem schwierigen Jahr

Mit -5,0 % verzeichnete Deutschland 2009 den bei weitem größten Rückgang seiner Wirtschaftsleistung seit dem zweiten Weltkrieg. Damit sank zwar das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2009 weniger, als noch vor wenigen Monaten befürchtet worden war, gleichwohl dürften die nun offiziell vorgestellten Daten des Statistischen Bundesamtes den zuletzt aufkeimenden Optimismus aber wieder etwas gedämpft haben. Denn nach dem überraschend starken Wachstum von 0,7 % im dritten Quartal war vielerorts mit einem noch günstigeren Ergebnis gerechnet worden. Im vierten Quartal dürfte das Bruttoinlandsprodukt entgegen den Erwartungen nicht weiter gewachsen sein. Von einer raschen Rückkehr zu starkem Wachstum nach dem dramatischen Einbruch des Winterhalbjahres 2008/2009 kann damit noch nicht gesprochen werden. Bislang ist lediglich eine Stabilisierung auf niedrigerem Niveau erkennbar.

Die wirtschaftliche Erholung dürfte durch die Struktur des Konjunkturerinbruchs nicht unerheblich erschwert werden. Der Rückgang der Wirtschaftstätigkeit verteilte sich bekanntermaßen nicht gleichmäßig über alle Sektoren. Der Konjunkturerinbruch hat fast ausschließlich die Industrie getroffen. Ihre Wertschöpfung sank um fast 17 %, während die öffentlichen und privaten Dienstleistungen sogar noch leicht expandieren konnten. Dieser Rückgang in der Wertschöpfung der Industrie hat eine beträchtliche Verschiebung der Gewichte in der Wirtschaftsstruktur Deutschlands zur Folge. Denn das Produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe) steht 2009 nur noch für knapp 22 % der Wirtschaftsleistung. Der Anteil der Dienstleistungen erreichte dagegen knapp 73 %. Als Folge der Wirtschaftskrise ist damit der tertiäre Bereich so groß wie nie zuvor in Deutschland.

Diese Strukturverschiebung dürfte jedoch nicht von Dauer sein. Denn eine Rückkehr zum Niveau der gesamtwirtschaftlichen Wirtschaftsleistung vor der Krise wird nur möglich sein, wenn die Industrie ihre Bedeutung für die deutsche Wirtschaft zurückerlangen kann. Dies

ist anhand der Wachstumsbeiträge der einzelnen Nachfragekomponenten klar erkennbar. So hat der eingebrochene Welthandel in Deutschland mit -3,4 Prozentpunkten den mit Abstand größten Beitrag zum Rückgang des Bruttoinlandsprodukts gebracht. Als Folge der ausbleibenden Nachfrage aus der übrigen Welt stoppten die Unternehmen ihre Ausrüstungsinvestitionen. Der Wachstumsbeitrag der Investitionen war mit -2,4 Prozentpunkten daher ebenfalls deutlich negativ. Der Aufholprozess dürfte einige Jahre in Anspruch nehmen. Es wäre jedoch verfehlt, hierauf mit industriepolitischen Förderprogrammen zu reagieren: Der Prozess wird weniger vom Geschick der deutschen Wirtschaftspolitik abhängen, als vielmehr von der Nachfrage der übrigen Welt nach deutschen Industrieprodukten.

Arbeitsmarkt vor großen Herausforderungen

Am Arbeitsmarkt hat Deutschland einen Sonderweg gewählt. Im Jahresverlauf blieb die Zahl der Erwerbstätigen trotz der tiefen Rezession vergleichsweise stabil. So waren zum Jahresende knapp 3,3 Millionen Menschen arbeitslos gemeldet. Dies sind weitaus weniger, als bei einem solch starken Rückgang des Bruttoinlandsprodukts eigentlich zu erwarten gewesen wären. Sicherlich hat die erleichterte Nutzungsmöglichkeit der Kurzarbeit daran entscheidenden Anteil, aber auch die in den zurückliegenden Jahren durch Reformen und die durch Tarifverträge neu gewonnene Flexibilität hat einen großen Beitrag geleistet.

Diese Stabilität des Arbeitsmarktes hat jedoch einen hohen Preis. Denn die schrumpfende Produktion schlug sich so in einem starken Rückgang der Arbeitsproduktivität nieder. Je Erwerbstätigenstunde sank sie im Jahr 2009 um 2,2 %. Dies ist der mit Abstand stärkste Einbruch in der Nachkriegszeit. Das Spiegelbild der gesunkenen Arbeitsproduktivität sind die Lohnstückkosten, sie stiegen je Arbeitnehmerstunde um 5,6 % und bilden damit eine außerordentlich starke Belastung für die Unternehmen.

Während also die deutschen Unternehmen versuchen, ihre hoch qualifizierten Mitarbeiter auch während der Krise weiterzubeschäftigen, haben die Unternehmen in den übrigen Industrieländern in der Regel mit Entlassungen auf die Wirtschaftskrise reagiert. Ob die von den deutschen Unternehmen gewählte Variante die richtige ist, wird sich vor allem danach entscheiden, wie schnell die Weltwirtschaft wieder zu Wachstum zurückfinden wird. Je verhaltener die wirtschaftliche Erholung ausfällt, umso stärker wird dann im Zeitverlauf der Druck auf die deutschen Unternehmen werden, doch noch Mitarbeiter zu entlassen.

Derzeit spricht vieles dafür, dass die positive Bilanz des Arbeitsmarktes im Jahr 2009 in diesem Jahr nicht fortgeschrieben werden kann. Denn einerseits ist das Potenzial der Kurzarbeit weitgehend ausgeschöpft, andererseits wird die wirtschaftliche Erholung nicht ausreichen, um die brachliegenden Kapazitäten der Industrie wieder auszulasten. Ein

deutlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit wäre nur zu vermeiden, wenn die Tarifpartner jenseits der Kurzarbeit Mittel und Wege finden, um Entlassungen zu vermeiden.

Ein weiteres Signal für eine steigende Arbeitslosigkeit könnte die wachsende Zahl an Unternehmensinsolvenzen sein. In den ersten zehn Monaten des Jahres 2009 meldeten knapp 27.600 Unternehmen Insolvenz an, eine Zunahme von 11,7 % gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum. Diese in einer Rezession übliche Entwicklung sollte jedoch nicht überbewertet werden. Denn gleichzeitig blieb der Trend zur Selbstständigkeit ungebrochen. Von Januar bis September 2009 lag die Zahl der Unternehmensgründungen mit 651.000 um 2,6 % über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Da trotz mehr Insolvenzen die Zahl der Firmenschließungen in etwa gleichblieb, ist der Überschuss der Neugründungen über die Schließungen sogar kräftig auf fast 111.000 gestiegen. Dies ist sicherlich kein schlechtes Zeichen für die Dynamik der deutschen Wirtschaft und für den Arbeitsmarkt.

Aufschwung oder Wellblechkonjunktur?

Vor diesem Hintergrund wird die wirtschaftliche Entwicklung im laufenden Jahr schwierig bleiben. Da die Rezession in erster Linie eine Rezession der Industrie gewesen ist, muss auch der Aufschwung zu einem Aufschwung der Industrie werden. Angesichts der sich vermutlich verschlechternden Situation am Arbeitsmarkt wird die Inlandsnachfrage kaum kräftige Wachstumsimpulse geben können.

Die Rückkehr der wirtschaftlichen Dynamik in der deutschen Wirtschaft wird daher erneut von der Exportnachfrage getragen werden müssen. Diese wird jedoch je nach weltwirtschaftlicher Region recht unterschiedlich sein. Insbesondere in Europa und den übrigen Industrieländern dürfte sie eher verhalten ausfallen. Rechnet man die zusätzlichen Konjunkturrisiken, etwa steigende Rohstoffpreise und Veränderungen der Wechselkurse mit ein, so ist ein klarer Aufschwungstrend nicht zu erkennen. Vielmehr dürfte der vor uns liegende Konjunkturverlauf einer Wellblechform mit einer Abfolge von positiven Entwicklungen und nachfolgenden Rückschlägen folgen.

Haushaltskonsolidierung muss Vorrang vor Steuerentlastung haben

Konjunkturprogramme, Steuerausfälle, steigende Arbeitslosigkeit und Hilfen für die Finanzwirtschaft haben zu einer enormen Belastung für die Staatsfinanzen geführt. Nach einem Finanzierungsdefizit von 77,2 Milliarden Euro 2009, was einer Defizitquote von 3,2 % entspricht, wird der Fehlbetrag der öffentlichen Haushalte in diesem Jahr auf 140 Milliarden Euro oder 6 % des Bruttoinlandsprodukts ansteigen. Die wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit schwindet unter diesen Rahmenbedingungen rapide und kann nur durch eine zügige Haushaltskonsolidierung zurückgewonnen werden.

Die politische Debatte über den angesichts dessen richtigen Weg ist in Deutschland in den letzten Wochen heftig entbrannt. Der Streit darum, ob die Konsolidierung durch mehr Wachstum, beflügelt vor allem von Steuererleichterungen, oder durch Ausgabenkürzungen erreicht werden kann, geht jedoch am Kern der Problematik vorbei. Denn die Wirtschafts- und Finanzkrise hat Deutschland nicht nur in eine tiefe Rezession geführt, sondern sie hat auch das Wachstumspotenzial der deutschen Wirtschaft erheblich geschwächt. Ein steilerer Wachstumspfad kann nur erreicht, die Arbeitsplätze der derzeitigen Kurzarbeiter können nur erhalten und neue geschaffen werden, wenn unternehmerische Entscheidungen zu Investitionen in neue Produktionsanlagen führen. Die Grundvoraussetzung hierfür ist Vertrauen der Unternehmer und Arbeitnehmer in eine solide Wirtschaftspolitik.

Die Stützungsmaßnahmen für die Finanzmärkte und die Konjunkturprogramme des vergangenen Jahres waren erfolgreich und wurden nicht zuletzt deshalb von den Bürgern als richtig und notwendig, aber auch als außerordentliche Maßnahmen verstanden. Diese Akzeptanz ist allerdings mit der Erwartung verbunden, dass die damit einhergehende Verschuldung in einem angemessenen Zeitraum auch wieder getilgt wird. Die Finanz- und Steuerpolitik darf diese Erwartung nicht enttäuschen, da damit auch das Vertrauen in eine solide Haushaltspolitik in Gefahr geriete.

Vertrauensschädigend und damit wachstumshemmend wäre in jedem Fall ein Weg der Konsolidierung überwiegend durch Steuererhöhungen. Auch einer Strategie, die über Steuerentlastungen das Wirtschaftswachstum beschleunigen und so über steigende Staatseinnahmen den Haushalt konsolidieren will, ist eher mit Vorsicht zu begegnen. Es steht zwar außer Zweifel, dass insbesondere das deutsche Einkommensteuersystem reformbedürftig ist; ebenfalls ist richtig, dass Steuerentlastungen zu Wachstumseffekten führen. Unter reinen Wachstumsgesichtspunkten wäre dies daher sicherlich die überlegene Strategie. Ihr Nachteil besteht jedoch darin, dass sie ihre Wirksamkeit erst mittel- bis langfristig entfaltet.

Für eine Situation, in der – wie gegenwärtig – ein hohes Haushaltsdefizit zu konsolidieren ist, scheint die Überbetonung von Steuerentlastungen daher eher nicht geeignet zu sein. Das Vertrauen in die Wirtschaftspolitik dürfte am ehesten mit einer Strategie gefestigt werden, die über Ausgabenkürzungen und unter Einhaltung der Vorgaben der Schuldenbremse das Defizit abbauen. Mit Blick auf die Koalitionsvereinbarungen könnte die Bundesregierung versucht sein, beide Strategien gleichzeitig zu verfolgen. Es steht allerdings zu befürchten, dass für eine tatsächlich Wachstumseffekte entfaltende Steuerreform und einer gleichzeitig den Anforderungen der Schuldenbremse genügenden Konsolidierungspolitik gegenwärtig die Mittel nicht zur Verfügung stehen. Damit wächst die Gefahr, dass eines von beidem nur halbherzig erfolgt und das Vertrauen der Wirtschaft beschädigt wird.

WIE GROß SIND DIE KRISENBEDINGTEN SCHÄDEN AM WACHSTUMSPOTENZIAL?

Art und Tiefe des Produktionsrückgangs in der deutschen Wirtschaft lassen vermuten, dass Deutschland 2009 kein normales Konjunkturtal durchschritten hat. Vielmehr muss davon ausgegangen werden, dass auch das Wachstumspotenzial beeinträchtigt wurde. Denn durch die Finanz- und Wirtschaftskrise wurden weltweit Veränderungen in den Angebots- und Nachfragestrukturen ausgelöst. Dieser Vorgang ist am augenfälligsten an der Einschränkung des US-amerikanischen privaten Verbrauchs ablesbar. Die Anpassungen an die Neuordnung der weltweiten Angebots- und Nachfragestrukturen bedeutet, dass ein Teil der derzeit brachliegenden Produktionskapazitäten nicht mehr in den Produktionsprozess zurückkehren wird.

Es stellt sich die Frage, in welchem Maße die Finanz- und Wirtschaftskrise die Fähigkeit Deutschlands beeinträchtigt hat, bei normaler Auslastung der Kapazitäten zu wachsen. Die Antwort ist schwierig, da das Produktionspotenzial nicht direkt beobachtet werden kann und nicht nur der Umfang des Potentialverlustes geschätzt werden muss. Auch der Potenzialpfad selbst könnte durch die Krise beeinträchtigt worden sein.

Die Deutsche Bundesbank kommt in einer neuen Schätzung des Produktionspotenzials zu dem Ergebnis, dass sich die Produktionsmöglichkeiten der deutschen Wirtschaft im Zeitraum 2009 bis 2011 nur noch um rund $\frac{3}{4}$ % pro Jahr ausweiten werden. Im Vergleich zum Potenzialwachstum während der vorangehenden Aufschwungphase bedeutet dies einen Rückgang von einem halben Prozentpunkt. Dieser Rückgang kann aber auch durchaus dauerhaft sein, falls es nicht gelingt, das gegenwärtig brachliegende Arbeitsvolumen wieder rasch zu nutzen oder wenn eine verschleppte Haushaltskonsolidierung zu einer nachhaltigen Eintrübung des Investitionsklimas führen sollte.

Ungleichgewichte im Euroraum belasten zunehmend

Der Euro hat während der Finanzkrise verhindert, dass sich in Griechenland, Irland, Portugal und Spanien die nun offen zutage tretenden Probleme in Form einer Währungsunion manifestiert haben. Die Währungsunion war also hinsichtlich der möglichen negativen Auswirkungen der Finanzkrise ein Erfolg. Allerdings entbindet dies die genannten Volkswirtschaften nicht von dringend notwendigen wirtschaftspolitischen Reformen. Unterbleiben diese, wird die Währungsunion langfristig gefährdet und kurzfristig die wirtschaftliche Erholung von der Finanz- und Wirtschaftskrise. Darunter würde auch Deutschland, insbesondere die exportorientierte Industrie, leiden.

Dass innerhalb der Währungsunion die Divergenzen zunehmen, wird nicht alleine durch die Herabsetzung der Ratings für die genannten vier Mitgliedsländer belegt. Vor allem die Ungleichgewichte in Form der zum Teil hohen Leistungsbilanzsalden zeugen von einem wachsenden Anpassungsbedarf. Während Deutschland und die Niederlande beträchtliche Überschüsse aufweisen, zeigen andere Länder – allen voran Spanien – hohe Leistungsbilanzdefizite.

Entgegen der weit verbreiteten Meinung sind Leistungsbilanzdefizite in der europäischen Währungsunion aber von Bedeutung. Denn schließlich sind diese gleichbedeutend mit einer Verschuldung gegenüber dem Rest der Welt. Und da der Vertrag von Maastricht ein „bail out“ ausschließt, ist das Schuldnerland selbst stets auf Zugang zu Kreditgebern angewiesen. Wenn nun die Finanzierung der Schulden schwieriger wird und gleichzeitig Reformen, welche die Wettbewerbsfähigkeit des Landes verbessern könnten, unterbleiben, dann wird das Land in der Rezession verharren. Die Gefahr für die deutsche Wirtschaft besteht dann darin, dass der Anpassungsprozess in den Defizitländern nur über eine lange Rezession mit sinkenden Reallöhnen gelingen kann. Dieser Prozess dürfte die wirtschaftliche Entwicklung in der gesamten Währungsunion nachteilig beeinflussen.

Erholung der Finanzmärkte stabilisiert die Konjunktur

Von großer Bedeutung für die dauerhafte Erholung der Weltwirtschaft von der Finanz- und Wirtschaftskrise wird die Stabilität der Finanzmärkte sein. In den zurückliegenden Monaten wurden hierbei bemerkenswerte Fortschritte erzielt. So konnte der Interbankenmarkt, der für die Versorgung der Banken mit Liquidität unverzichtbar ist, wiederbelebt werden. Die Risikoaufschläge haben sich hier merklich zurückgebildet und nähern sich schrittweise wieder ihrem „Normalniveau“ an. Der Zugang der Banken zu Liquidität ist damit wieder gesichert. Auch bei der Ausstattung der Finanzinstitute mit Eigenkapital konnten deutliche Verbesserungen erreicht werden. Weltweit ist es etlichen Banken gelungen, ihre Eigenkapitalbasis am Kapitalmarkt zu stärken. Vor dem Hintergrund dieser positiven Entwicklung konnten Maßnahmen zur Stützung der Finanzmärkte eingestellt oder doch in ihrem Umfang zurückgefahren werden.

Dennoch ist die Lage nach wie vor fragil. Deshalb müssen weitere Anstrengungen unternommen werden, um die Schwächen, die zur Krise geführt haben, endgültig zu beseitigen. Die große Herausforderung besteht nun darin, die Balance zwischen der Stabilisierung der Finanzmärkte und den neuen regulatorischen Rahmenbedingungen zu halten. Werden die Finanzinstitute zu stark eingeeignet, könnte auch die Fähigkeit zur Finanzierung des Wirtschaftswachstums Schaden nehmen, das Wachstumspotenzial würde damit auf Dauer belastet bleiben.

Pressekontakt: Bundesverband deutscher Banken
Presse und Kommunikation
Telefon (0 30) 16 63 - 12 01 / - 12 02
Telefax (0 30) 16 63 - 12 99
Pressestelle@bdb.de

Mehr Informationen finden Sie auf unserer Internetseite: www.bankenverband.de